



BUNDES
SGK

Sozialdemokratische Gemeinschaft
für Kommunalpolitik in der
Bundesrepublik Deutschland e.V.

Solidarität zwischen den Generationen

Beschluss der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK
am 17./18. März 2006 in Hannover

„Es ist eine großartige Leistung unserer Gesellschaft, wenn immer mehr Menschen immer länger leben. Den vielen Älteren im Land stehen heute ganz einfach nicht mehr genügend Jüngere, nicht mehr genügend Kinder und Nachwachsende gegenüber.“ heißt es in dem Beschluss des SPD-Parteivorstands *„Wir sichern Deutschlands Zukunft“* vom 15./16. Januar 2006. Politik für Kinder und Familien ist die notwendige Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels. Die Bundes-SGK hat dieses Erfordernis in ihrem Leitantrag *„Kinder sind unsere Zukunft“* auf der Delegiertenversammlung 2003 in Dortmund deutlich zum Ausdruck gebracht und sich in den letzten Jahren für eine Politik zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Lebens mit Kindern und der Vereinbarkeit von Erziehung und Beruf für die Eltern eingesetzt.

Der demografische Wandel wird in unseren Städten und Gemeinden zu einem veränderten Verhältnis zwischen den Altersgruppen führen. Der Anteil der älteren Bevölkerung wächst und dieser Trend wird sich in den kommenden Jahrzehnten deutlich fortsetzen. Unsere Gesellschaft ist verstärkt auf das Miteinander der Generationen angewiesen. Solidarität unter den Generationen, gegenseitiges Verständnis und Toleranz bekommen für das Zusammenleben einen bedeutenderen Stellenwert. Dabei ist die steigende Lebenserwartung Ausdruck von gelungenem Fortschritt. Die hinzugewonnenen Jahre bedeuten für die allermeisten mehr aktive und gesunde Lebenszeit. Hierin liegt die große Chance der älter werdenden Gesellschaft.

Weiterentwicklung der kommunalen Seniorenpolitik

Im Zuge des demografischen Wandels sollte sich Seniorenpolitik als neue Querschnittsaufgabe verstehen. Auch wenn in vielen Kommunen die Verwaltung und Bezuschussung von Altenheimen, Seniorentagesstätten, sozialen Diensten und Seniorenkursen überwiegen, kann sich eine auf Prävention und den sozialen Zusammenhalt der Generationen ausgerichtete moderne Seniorenpolitik nicht auf reine Sozial- und Gesundheitspolitik beschränken.

Das soziale Miteinander im Alter sollte die Schranken der Isolation überwinden, damit die Abhängigkeit von institutioneller Hilfe abnimmt und Selbsthilfe möglich ist. Das Miteinander im Alter und zwischen den Generationen sollte eine neue Qualität entwickeln, damit das Ziel eines möglichst lange selbstbestimmten Lebens erreicht werden kann: Jung hilft Alt und Alt hilft Jung!

Ziel kommunaler Seniorenpolitik ist es, das Verbleiben älterer Menschen in ihrer angestammten Umgebung und der örtlichen Gemeinschaft zu sichern und ihre selbständige Lebensführung zu unterstützen. Die menschliche Würde und individuelle Persönlichkeit im Alter sollen erhalten und eine möglichst umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Die spezifischen Probleme und Belange der stark wachsenden Gruppe der Senioren mit Migrationshintergrund bedürfen dabei besonderer Beachtung.

Eine wesentliche Aufgabe kommunaler Seniorenpolitik liegt in der Vernetzung der Dienstleistungsangebote der vielen Akteure von den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden, den Pflegediensten, privaten Trägern, Organisationen der Altenhilfe und kommunalen Angeboten. Die Kommunen sollten sich verstärkt als Moderator und Koordinator für diese Dienste verstehen und innovative Anstöße geben. Die Vernetzung von Dienstleistungsangeboten ist eine Möglichkeit der Effektivierung der Angebote und Hilfen für ältere Menschen. Hierbei können Seniorenbüros, Seniorenagenturen oder andere Initiativen, die neue Ansätze im Zusammenwirken mit Kommunen und professionellen Diensten entwickeln, eine wichtige Funktion übernehmen. Sie können Netzwerkarbeit zur Erhöhung der Lebensqualität des sozialen Umfeldes im jeweiligen Ortsteil oder Quartier leisten. Dazu zählen z.B. die Zusammenführung gleicher Interessen, Anregung zu ehrenamtlicher Arbeit, die Ermöglichung von Selbsthilfe, die Verbindung der Generationen, der verstärkte Aufbau von Versorgungs- und Beziehungsnetzen in der Nachbarschaft oder die Organisation und Sicherstellung der Mobilität. Seniorenbüros sind Anlaufstelle und Drehscheibe für Informationen, Kontakte und Beratung.

In vielen Städten und Gemeinden gibt es bereits derartige Ansätze. Für viele kleinere Gemeinden kann es sinnvoll sein, gemeinsam mit den Nachbargemeinden Seniorenbüros oder ähnliche Initiativen aufzubauen und zu entwickeln. Netzwerkarbeit und vergleichbare Ansätze bedürfen insbesondere in dünner besiedelten Regionen der interkommunalen Zusammenarbeit.

Daneben muss eine ausreichende gesundheitliche und pflegerische Infrastruktur bestehen, die Betreuung und Versorgung der Hilfebedürftigen gewährleistet. Dazu bedarf es der Angebote zur Unterstützung der Familienangehörigen, ambulante Dienste, Möglichkeiten der Tages- und Kurzzeitpflege bis hin zu den stationären Einrichtungen. Hinsichtlich der materiellen Sicherung sind die vorgelagerten Systeme der Rentenversicherung und Pflegeversicherung weiter reformbedürftig.

Altengerechtes Wohnen und Wohnumfeld

Wohnqualität und Nachbarschaft sind eine zentrale Frage für die Sicherung einer selbständigen Lebensführung. Dabei geht es sowohl um die Barrierefreiheit und eine altengerechte Ausstattung von Wohnungen, als auch um die Frage des Wohnumfeldes. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass qualitätsvolles Bauen generell auf Barrierefreiheit angelegt sein sollte. Dieses ist auch für Familien mit Kindern wünschenswert und sollte im Wohnungsbau generell berücksichtigt werden.

Andererseits gilt es, die schwierige Aufgabe zu bewältigen, die große Masse des Wohnungsbestands an zukünftige Erfordernisse anzupassen. Wohnungsunternehmen stehen vor der Herausforderung, Angebote für eine vielfältige Nachfrage nach differenzierten Wohnformen zu entwickeln. Sie haben die Chance, das reine Vermietungsgeschäft und die Hausverwaltung durch zusätzliche Dienstleistungsangebote zur Unterstützung des Lebens im Alter bis hin zu Pflegedienstleistungen zu erweitern. Dabei bietet sich die Kooperation mit bestehenden sozialen Diensten an. Die Wohnangebote müssen sich verstärkt an den Nachfragebedürfnissen orientieren. Neue Wohnformen, wie z.B. Seniorenwohn- oder Hausgemeinschaften und Mehrgenerationenwohnen werden vermehrt nachgefragt werden. Für die Nachfragegruppe der Senioren mit Migrationshintergrund bedarf es möglicherweise besonderer Angebote.

Für in ihrer Mobilität eingeschränkte ältere Menschen sind Wohnstandorte zentral in der Nähe von Einkaufsmöglichkeiten und anderen Angeboten des öffentlichen Lebens in durchmischten Quartieren in der Regel am geeignetsten. Vielen alten Menschen fällt es schwer, aus ihrer gewohnten Umgebung in eine mit dem Altern verbundenen Bedürfnissen angepasste Wohnung umzuziehen. Oft scheidet es auch an den finanziellen Möglichkeiten. Auch hier kann die kommunale Seniorenpolitik in Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen und den Anbietern von Seniorenwohnen unterstützend tätig werden.

Soziales Engagement älterer Menschen

Soziales Engagement mit der Übernahme neuer Aufgaben und sinnvoller Betätigungsfelder für aktive Senioren nach ihrem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben führt zu einem doppelt positiven Effekt. Einerseits hilft die Erschließung der neuen Tätigkeit bei einer neuen Lebensgestaltung und Sinnfindung in der neuen Lebensphase. Andererseits dient das Engagement dem sozialen Zusammenleben.

Die den aktiven und gesunden Senioren zur Verfügung stehende Zeit wird nicht nur für mehr private Erfüllung und Verwirklichung genutzt. Es wird eine der wichtigsten gesellschaftlichen Entwicklungen sein, dass ältere Menschen sich noch stärker aktiv in das gesellschaftliche Leben einmischen. Die künftig alternden Generationen haben die Chance, neue soziale Netze zivilgesellschaftlichen Engagements aufzubauen.

Diese Netze können auch dazu dienen, eine Ergänzung zur öffentlich bereit gestellten Infrastruktur zu werden. Denn eine Infrastruktur im Gesundheitswesen, der Pflege und Altenhilfe für alle diejenigen, die nicht mehr allein dazu in der Lage sein werden, ihren Alltag zu gestalten, bedarf zivilgesellschaftlicher Unterstützung.

Dabei geht es gerade auch um einen generationenübergreifenden Ansatz gegenseitiger Hilfe und Unterstützung. Die Qualifikation und Lebenserfahrung älterer Menschen sollte auch für den gesellschaftlichen Dialog genutzt werden. Mit Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit dieser größer werdenden Personengruppe wachsen der Zusammenhalt und die Dialogfähigkeit zwischen den Generationen, z.B. durch die Unterstützung der jüngeren Generation in schulischen Fragen, in der Freizeit, im Sport und bei der Heranführung an kulturelle Angebote.

Kommunalpolitik kann diesen heute bereits ablesbaren Prozess des Anstiegs des freiwilligen Engagements älterer Menschen durch ihre Aktivitäten im Sinne der genannten Netzwerkarbeit unterstützen und dieses Engagement in die Arbeit von „Freiwilligenagenturen“ einbeziehen.

Weiterbeschäftigung und Weiterbildung im Alter

Nachberufliche Tätigkeiten sind für die aktiven Senioren nicht nur die Möglichkeit zusätzlicher Einkommen. Sie heben auch die Lebensqualität. Der Arbeitsmarkt wird künftig auch auf neue Formen der Weiterbeschäftigung im Rentenalter angewiesen sein. Das vielfältige Wissenspotenzial der älteren Arbeitnehmer bietet auch den jüngeren Generationen eine Quelle wichtiger Hilfe zur Bewältigung der vor ihnen stehenden beruflichen Anforderungen.

Senioren sind in den Prozess des „Lebenslangen Lernens“ verstärkt einzubeziehen. Ältere Menschen sind in hohem Maße an Bildungs- und Weiterbildungsangeboten interessiert. Interesse und Fähigkeit älterer Menschen, neue Informations- und Kommunikationstechnologien, wie das Internet zu nutzen, sind unterschiedlich ausgeprägt. Insbesondere in diesem Bereich gilt es, die Zugangsbarrieren abzubauen und Weiterbildungsangebote zu entwickeln.

Solidarität zwischen den Generationen

Die Bundes-SGK sieht in der Solidarität zwischen den Generationen ein gesellschaftspolitisches Leitbild, in dem sich sowohl eine zukunftsweisende kommunale Familien-, Kinder- und Jugendpolitik als auch eine moderne kommunale Seniorenpolitik miteinander verbinden lassen. Durch einen Zugewinn an Solidarität zwischen den Generationen können die Lebensqualität in Städten und Gemeinden gesteigert und wichtige Ressourcen zur Bewältigung der mit dem demografischen Wandel verbundenen Anforderungen gewonnen werden. Wenn es gelingt, das aktive Potenzial der älteren Generationen zu stärken, lassen sich nicht nur Probleme unserer älter werdenden Gesellschaft lösen, sondern wir schaffen auch die Grundlage für einen verstärkten sozialen Zusammenhalt jenseits traditionaler Bindungen und damit eine wesentliche Voraussetzung für eine kinderfreundlichere Gesellschaft.